

# Wo die Belgier deutsch sprechen

Autor(en): **Kobbert, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **28 (1972)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-421070>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

siv aufstocken müssen, werden wir vermutlich bei Zeit und Gelegenheit aus Paris erfahren.

Das Beispiel ist harmlos, es gibt aber bedenklichere, und sie sind nicht gering an Zahl. Man versuche etwa, in Frankreich zu erklären, man sei „Romand“. Da wird man meist zartfühlend berichtigt: „Vous entendez Suisse français?“, und der Akzent ruht diskret, aber unüberhörbar auf dem letzten Wort. Sapiienti sat.

*Roger Duvallon*

## **Wo die Belgier deutsch sprechen**

*Die Minderheit will ins Parlament*

*Von Ernst Kobbert*

Ein belgischer Abgeordneter aus Brügge begann vor dem Europäischen Parlament in Straßburg eine Rede in Niederländisch, seiner Muttersprache, setzte sie in Französisch fort und endete mit ein paar Sätzen in Deutsch. Viele hielten das für eine Huldigung an Europa oder eine bloße Demonstration persönlicher Mehrsprachigkeit. Der Belgier benutzte aber die dritte in seinem Land offiziell anerkannte Sprache; und er erzählte freimütig: „Wir hatten in Belgien eine Minderheit von weit mehr als 60 000 deutsch sprechenden Landsleuten lange Zeit vergessen.“

Wenn in Belgien früher von ihr die Rede war, geschah das oft mit dem Zusatz: diese sympathischen Leute in den „Ostkantonen“ (Kanton = Kreis). Das klang nach weiter Ferne und sollte anerkennen, sie machten wenig von sich reden. Heute spricht man mehr von ihnen, und die Regierung hat versprochen, sich des deutschsprachigen Belgien ernsthaft anzunehmen.

Auch in Deutschland weiß man nicht viel von dieser Region. Dabei gab es einmal den Zankapfel „Eupen-Malmedy“. Für die heutigen Generationen ist das lange her. Zuletzt wechselten die Bewohner der Kreise Eupen, Malmedy und St. Vith 1945 ihre Staatsangehörigkeit, nach kurzfristiger Zugehörigkeit zum „Tausendjährigen Reich“. Obgleich sie in dieser Zeit in einer staatsrechtlichen Zwangslage waren, wurde bei ihnen zunächst genauso nach Kollaborateuren mit der Besatzungsmacht gefahndet wie im übrigen Belgien. 16 000 Fälle waren anhängig, in einer Gesamtbevölkerung von rund 70 000 Menschen. Die meisten Verfahren wurden bald niedergeschlagen, aber in Einzelfällen gibt es Rechtsfolgen bis heute, und die oft erwogene Generalamnestie für die Ostgebiete kam bisher nie zustande.

## *Molkerei und Laiterie im Butterländchen*

Angefangen hatte das Wechselspiel mit der Staatsangehörigkeit auf dem Wiener Kongreß von 1815, als beim großen Aufräumen auf der europäischen Landkarte das Königreich der Vereinigten Niederlande geschaffen wurde (Holland und das heutige Belgien). Die drei Kreise fielen an Preußen, obgleich nicht überall in ihnen deutsch gesprochen wurde (nicht im größten Teil des Kreises Malmedy). Zuvor hatten die Bewohner als Landesherren die Kaiserin Maria Theresia und Joseph II. von Österreich gehabt, unter Napoleon waren sie Bürger der Französischen Republik. Nun kam Bismarck. Außer der Kaiserin haben alle diese Herren die eingewurzelten christlich-katholischen Gefühle der Menschen verletzt. Das hatte Folgen für ihre „patriotischen“ Gefühle. Noch früher herrschte hier die Kleinstaaterei des alten Deutschen Reichs: Reichsstadt Aachen, Limburg, Kurfürstentum Köln, die Fürstbistümer Lüttich und Stavelot-Malmedy; auch das Herzogtum Jülich spielte eine Rolle. 1920 fielen die Kreise dann an Belgien, als Glacis vor der Industriestadt und Festung Lüttich. Heute wühlt niemand mehr in der Geschichte, um daraus Ansprüche abzuleiten.

Daß die Staatsgrenze hier keine saubere Sprachengrenze bildet, ist kein europäischer Sonderfall. Wer auf der Autobahn bei Aachen nach Belgien einfährt, sieht links und rechts grüne Weiden mit vielen Kühen — aber er erlebt kein Land mit seinen Menschen. Bald hinter der Grenze ragt links aus dem Grün ein hoher weißer Bau auf mit dem Ortsnamen Walhorn, daneben die Worte Laiterie und Molkerei, ein Hinweis darauf, daß man sich im „Butterländchen“ befindet. Es kommt die Ausfahrt Eupen. Der Name wird im Französischen und im Deutschen gleich geschrieben. Wenn die Frankophonen ihn „Öpen“ aussprechen, sind sie, bis auf die Betonung der Silben, dem Landesdialekt näher als die Deutschen. Da heißt die Stadt Ööpen.

### *Fünfundzwanzig Gemeinden mit deutscher Amtssprache*

Die Eupener behaupten, sicher mit Recht, daß ihre Mundart etwas ganz Eigenständiges sei. Wenn wir von Brüssel aus bei einer Dienststelle oder einem Hotel anrufen, klingt es dem für Dialektunterschiede nicht so fein abgestimmten Ohr ganz heimatlich, als sei am anderen Ende der Leitung Aachen oder ein Ort in der Eifel. Leberwurst ist Leberwurst in Eupen, und ein Anzug ist ein Anzug. Im Buchladen ist das meiste deutsch: Heimatchroniken, Übersetzungen aus dem Französischen, Anleitung-

gen für modernen Religionsunterricht; deutsche Zeitungen und Illustrierte; neben dem „Grenzecho“, der einzigen belgischen Tageszeitung deutscher Sprache, liegt die „Aachener Volkszeitung“, die eine Regionalausgabe mit ostbelgischen Lokalnachrichten druckt. (Genauso machen es an der belgischen Westgrenze französische Zeitungen.) Die Fernsehantennen auf den Dächern sind nach Deutschland gerichtet. Ein belgisches Fernsehprogramm deutscher Sprache gibt es nicht, wohl aber Hörfunksendungen, mittags und abends je zwei Stunden. Sie sind zeitlich so gelegt, daß die Hörer nach den belgischen Nachrichten rechtzeitig auf das deutsche Fernsehprogramm umschalten können. Ein Zeichen für friedliche Nachbarschaft. Was könnte heute auch über Funkwellen der Bundesrepublik kommen, was Belgier nicht hören oder sehen sollten. Von dorthier kann aber nicht alles kommen, was deutschsprachige Belgier auch aus ihrem Lande hören sollten und müßten.

Über die belgische Hörfunkwelle läuft außerhalb der deutschsprachigen Sendezeiten das französischsprachige Programm. Am Rathaus hängen die öffentlichen Bekanntmachungen in französisch und in deutsch. Es gibt 25 belgische Gemeinden, die Deutsch als Amtssprache haben, aber immer neben Französisch. Diese Gemeinden liegen im Kreis Eupen und weiter südlich im Kreis St. Vith. Dazwischen liegt Malmedy. Im Kreis Malmedy gibt es nur einzelne Gemeinden mit deutscher Amtssprache. In den übrigen, die auch deutschsprachige Minderheiten haben, kann der Gemeinderat beschließen, daß öffentliche Bekanntmachungen in beiden Sprachen erlassen werden, aber keiner hat das bisher getan.

Eupen und St. Vith sind recht verschiedene Gebiete. Eupen liegt näher am großen Verkehrsstrom. Aachen ist nicht weit und ist als Einkaufsstadt und Kulturzentrum so etwas wie eine Metropole für die Eupener. Eupen hat eine große wirtschaftliche Vergangenheit. Einzelne Bauten in der Stadt zeugen noch von vergangenem Reichtum. An allen europäischen Höfen wurden einst Eupener Tuche getragen, und der blühende Handel ging bis in die Levante. Heute gibt es ein großes Kabelwerk, eine Nähfadefabrik und sonst einige Industrien, die nicht stinken. Denn Eupen ist auch Luftkurort. St. Vith hat eine überwiegend landwirtschaftliche Umgebung. Die weiten Wälder laden zur weiteren Erschließung für den Fremdenverkehr ein. Die Landesplaner müssen aufpassen, wie und wo sie die notwendigen Industrien hinlegen, um den in der Landwirtschaft frei werdenden Arbeitskräften Beschäftigung zu geben, und wohin sie den wachsenden Touristenstrom lenken. Man wartet auf die Autobahn von Lüttich nach Frankfurt, die an St. Vith vorbeiführen wird. Ihr Bau

auf belgischer Seite ist beschlossen, auf deutscher Seite zugesagt.

Bisher liegt das ganze deutschsprachige Belgien — ähnlich wie die Eifel — etwas abseits. Es hat wenig große Industrien und keine eigene Metropole mit Anziehungskraft. Infolgedessen bietet es zuwenig Arbeitsplätze für seine eigene akademische Jugend. Wer studieren und im Lande bleiben will, kann Lehrer werden (St. Vith ist eine Lehrerstadt), Arzt oder Tierarzt, kaum jedoch etwas in modernen technischen und naturwissenschaftlichen Berufen. Was den Menschen vor allem die Entfaltung im deutschsprachigen Kulturbereich erschwert, ist das Leben zwischen mehreren politischen Komplexen.

Die staatsrechtliche und kulturpolitische Konzeption, in die Belgien nach dem Kriege die deutschsprachigen Belgier wieder aufnahm, war von Mißtrauen geprägt. Sie sollte Wiederholungen einer „Heim-ins-Reich-Bewegung“ verhindern. Auf deutscher Seite waltet andererseits äußerste Zurückhaltung bei allem, was für die belgischen Ostkantone getan werden könnte, denn es sähe vielleicht nach Einmischung aus. Bevor einer Eupener Kulturvereinigung eine Beethovenbüste geschenkt wird, fragt man erst vorsichtig in Brüssel an, ob das opportun sei. Womöglich denkt man bei deutschen Amtsstellen auch, diese Leute da sprächen ohnehin deutsch; wir haben für die Verbreitung deutscher Sprache und Begegnung mit deutscher Kultur zu sorgen, wir verwenden unsere bescheidenen Mittel lieber in der belgischen Wallonie, wo wir einen schwerer zu beackernden Boden haben. Der Geschichtslehrer an einer ostbelgischen Schule, mit dem wir uns unterhielten, klagte verzweifelt: „Sie hören doch, ich spreche schon kein richtiges Deutsch mehr.“

*Mit der „Doppelkultur“ ist es so einfach nicht*

Die liberalen Belgier haben nach dem Kriege keinen gewaltsamen Versuch zur Franzöisierung gemacht; es gibt zwar in Staatsverwaltungen wie beim Zoll französischsprechende Beamte, aber keine forcierte „Überfremdung“. Belgien versuchte jedoch, die heimgekehrten Deutschsprachigen „einzubetten“ in das französische Sprachgebiet. Die 25 Gemeinden mit deutscher Amtssprache (und urdeutschen Namen wie Lommersweiler und Manderfeld) bilden keinen eigenen Verwaltungsbezirk, sondern einen Teil des Regierungsbezirks Verviers in der Provinz Lüttich. Als Zwischenglied für den Amtsverkehr gibt es nur einen Bezirkskommissar in Malmedy. Mit Hilfe dieser Behörde läßt sich alles auf deutsch nach oben bringen.

Die deutschsprachigen Gebiete gehören auch bei Parlaments-

wahlen zum Wahlkreis Verviers. Ihre Vertretung im Abgeordnetenhaus und Senat hängt also vom guten Willen der überwiegend frankophonen Parteiorganisation ab. Deshalb kam es im vorigen Jahr zur Gründung einer eigenen „Partei der Deutschsprachigen in Belgien“. Gründer waren bekannte bisherige Anhänger der Christlich-Sozialen und der Liberalen Partei. Gerade vom Ergebnis der Wahlen im vergangenen Jahr waren sie sehr enttäuscht. Sie selbst sind zu wenig zahlreich, um einen Abgeordneten oder Senator durchzubringen. Das wird auch der neu geschaffenen Partei schwerfallen. Sie will deshalb vor allem auf die Landesparteien einen Druck ausüben, damit sie sich um besseres Verständnis der Deutschsprachigen bemühen. Am allerwenigsten ist diese Parteigründung — wie manche Belgier fürchten — der Anfang einer neuen „Los-von-Belgien-Bewegung“. Allenfalls kann ihre Devise heißen: Los von Lüttich; wir wollen unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, in Wirtschaft und Kultur; wir wollen vor allem durch Sondergesetz die Sicherheit haben, im Parlament nach unserem eigenen demokratischen Willen vertreten zu sein. (Man beruft sich dabei gern auf die Sondergesetzgebung zugunsten der dänischen Minderheit in der Bundesrepublik.)

Besonders aktiv steht hinter dieser Bewegung die Lehrerschaft. Sie hat Erfahrung mit dem, was man die „Doppelkultur“ nennt, das Leben als „Unterabteilung Deutsch“ der französischsprachigen Wallonie. Mit Pathos und Idealismus reden und schreiben Reißbretteuropäer von der Begegnung zweier Kulturen auf den Höhen der Ardennen und des Hohen Venns. Aber sie sehen das von außen, erleben es nicht an eigenen Kindern. Den Reichtum kultureller Begegnung kann nur ausschöpfen, wer zuvor in einer Kultur einigermaßen zu Hause ist. Gerade belgische Pädagogen und Sprachkundler haben da viel Erfahrung. Am wenigsten die eingefleischten Wallonen, die anderen die Zweisprachigkeit als Segen empfehlen und sich selbst in der Einsprachigkeit am wohlsten fühlen.

Begegnung mit einer älteren Bauersfrau an der Straße: Sie spricht nur deutsch. „Als ich zur Schule ging, lernten wir nichts anderes.“ Das war vor mehr als fünfzig Jahren. Wer nur im nachbarschaftlichen Kreise lebt, braucht auch nichts anderes. Und sonst? „Heute hat wohl jede Familie wenigstens eines, das auch Französisch kann“, ergänzt sie. Zunächst nach dem Kriege wurde an oberen Klassen der höheren Schulen nur französisch unterrichtet. Französisch machten die Kinder ihr Abschlußexamen und gingen dann auf eine Universität französischer Sprache, nach Lüttich oder Löwen.

Inzwischen darf es Schulen geben, an denen von unten bis oben

deutsch unterrichtet wird. Noch sind sie Einzelfälle. Da merken die Lehrer, was ihnen an Ausdrucksfähigkeit fehlt. Und es fehlt an Büchern. Zum Teil helfen sie sich mit selbstangefertigten, auch mit Büchern aus der Bundesrepublik. Das geht nicht in allen Fächern. Die konfessionellen Privatschulen sind da etwas freier als die an strengere Richtlinien gebundenen öffentlichen Schulen.

Natürlich ist allen klar, daß für die kleine Minderheit die zweite Sprache wichtig, unerläßlich ist, wenn jemand im Lande Belgien etwas werden will. Zweisprachigkeit ja, aber wie und in welchem Alter? Sie ist immer nur begrenzt möglich, auf mittelmäßigem Niveau oder in Spezialgebieten. Ausnahmen gibt es, nicht nur bei Dolmetschern. Meist setzen sie voraus, daß jemand mit beiden Sprachen in ihrer ganzen Fülle ständig lebt. Das ist nicht der Fall bei Schulkindern, die von Hause womöglich nur den heimatlichen Dialekt mitbringen. Sie müssen erst einen deutschen Fonds haben, in Sprache und Bildung, ehe sie Französisch lernen können. Nachdem nun die Verfassungsreform den Begriff Kulturautonomie geschaffen hat, wollen die deutschsprachigen Belgier ihn auch für sich ganz ausschöpfen. Bei den Parlamentsdebatten um die Verfassungsreform wurde ein einziger Artikel einstimmig verabschiedet: er verpflichtet zur Schaffung eines „Rats der deutschen Kulturgemeinschaft“. Die gleiche Einmütigkeit besteht keineswegs, sobald es um den Inhalt geht. Das Gesetz, das Zusammensetzung und Zuständigkeiten festlegen muß, fehlt noch. Darauf richten jetzt die Deutschsprachigen ihre Energien.

### *Das Schützenfest und noch etwas mehr*

Sie gehen dabei davon aus, daß die politische Vergangenheit mit den mehrfachen Wechseln der Staatsangehörigkeit weit genug zurückliegt; Komplexe gegenüber den deutschsprachigen Belgiern brauchte es nicht mehr zu geben. Sie haben vor sich die Texte eines deutsch-belgischen Kulturabkommens; darin ist die Rede von der gegenseitigen Förderung kultureller Einrichtungen wie Schulen, Bibliotheken, Film- und Musikarchive, vom Austausch von Lehrern, Forschern, Schülern und Künstlern zur Weiterbildung der Jugend, von der Zusammenarbeit zwischen regionalen und kommunalen Behörden, Jugendorganisationen und Volksbildungseinrichtungen. Das alles könnte ausgeschöpft werden, um den deutschsprachigen Belgiern ein Leben in deutscher Sprache und Kultur zu gewähren, ohne nationale Empfindlichkeiten zu berühren. Mit einzelnen Theatergastspielen ist nicht genug getan.

Darüber müssen nun zunächst die Belgier nachdenken. Auch die Frankophonen haben ihre Zusammenarbeit im Internationalen Rat der französischen Sprache. Sie arbeiten darin um so intensiver mit, seitdem sie sich bewußt geworden sind, im eigenen Lande eine Minderheit zu sein. Das müßte ihnen ihr Verständnis für die noch kleinere Minderheit erleichtern.

Belgien, Musterland der europäischen Einigung, hat in seiner eigenen jüngsten Geschichte erlebt, daß eine Nationalität nicht auszulöschen ist. Es hat mit viel Phantasie ins Staatsrecht seiner Verfassung den Begriff Kulturautonomie eingebracht. Er ist auch notwendig für den Zusammenhalt in Europa. Der „Bikulturrismus“ endet leicht in Kulturlosigkeit. Die Deutschsprachigen in Belgien wollen nicht nur ihre Folklore bewahren, wie zum Beispiel ihre Schützenfeste, sondern ganz zu diesem Kulturbereich gehören. Und sie meinen, das müßte auch für Belgier möglich sein.

„Frankfurter Allgemeine“

## Neues über das Sprachenrecht in der Schweiz

Vor fast einem Vierteljahrhundert ist in der Reihe „Studien zur Staatslehre und Rechtsphilosophie“ (Bd. 3, 1947) die grundlegende Arbeit „Das Sprachenrecht der Schweiz“ von *Cyrill Hegnauer* erschienen (besprochen im „Sprachspiegel“ 6/1948). Inzwischen haben die Sprachenfragen in der Schweiz an Zahl und Bedeutung zugenommen: Jurafrage; kantonale und bundesrechtliche Anerkennung einer privaten welschen Schule für Beamte in Bern; Erwachen der Deutschfreiburger in Stadt und Land zu neuem Selbstbewußtsein (Gründung der Deutschfreiburgischen Arbeitsgemeinschaft 1959); Ausdehnungsdrang des französischsprachigen Schulwesens in der Gegend von Biel (Nidau); Zuwanderung einer großen Zahl ausländischer Arbeiter mit ihren Familien, vor allem Italiener, deren sprachliche Eingliederung in unsere Gemeinwesen zu einer ebenso schwierigen wie dringlichen Angelegenheit geworden ist. In diesen gleichen 25 Jahren war auch eine gewisse Aufweichung der rechtlichen Auffassungen über die Bedeutung des Sprachgebietsgrundsatzes für unser mehrsprachiges Land festzustellen: Es wurde und wird versucht, dem Grundsatz der sogenannten Sprachenfreiheit der Einzelpersonen vor dem Grundsatz und Erfordernis der Erhaltung der Sprachgebiete den Vorrang einzuräumen.